

Am 16.02.2009 stattete der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek Finanzminister Dr. Kühl in Mainz einen Antrittsbesuch ab. Erst im Juli dieses Jahres war Dr. Kühl Nachfolger des zurückgetretenen Finanzministers Prof. Dr. Deubel geworden. Bei dem Gespräch war seitens der DSTG der Landesvorsitzende Stefan Bayer und von Ministeriumsseite Herr Weidenbach und Herr Widmann vertreten. Nach freundlicher Begrüßung durch Dr. Kühl stellte Dieter Ondracek die DSTG vor. Er betonte, dass flächendeckend ca. zwei Drittel der Bediensteten in der DSTG organisiert seien. Die DSTG sei die einzige Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung und stelle überwiegend die Bezirks- und Hauptpersonalräte, sowie die Personalvertretungen auf Ortsebene. Er verwies auf den hierarchischen Aufbau und erläuterte die Arbeitsschwerpunkte von DSTG-Bund und DSTG-Land. So werde die DSTG-Bund mit Sitz in Berlin bei Gesetzesvorhaben angehört. Ziel sei es dann, darauf hinzuwirken, dass das Steuerrecht nicht verkompliziert werde. Dies gelänge leider nicht immer. Durch die Föderalismusreform seien auch mehr Aufgaben auf die DSTG-Bund hinzugekommen, da es nun nicht nur eine Baustelle zu bewältigen gäbe, sondern zum Bund noch 16 weitere hinzugekommen seien.

Der Minister zeigte auf, dass sich Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich nach den neuesten Benchmark-Zahlen mittlerweile bei den besser gestellten Bundesländern befinde. Dies beziehe sich insbesondere auf Besoldung, Beförderungstellen und Einstellung von Personal. Die Gewerkschaftsvertreter gaben zu, dass es in anderen Bundesländern wesentlich schlechter bestellt sei. Bayer entgegnete, dass es dennoch in Rheinland-Pfalz noch genügend zu tun gäbe, um die Situation der Bediensteten noch weiter zu verbessern. Bayer erläuterte, dass sich in den letzten Jahren bzgl. Beförderung eine sehr positive Beständigkeit entwickelt habe. Beförderungen seien eines der wenigen noch verbliebenen Motivationsinstrumente des Dienstherrn. In Zeiten hoher Arbeitsbelastung dürfe darauf keinesfalls verzichtet werden. Dieter Ondracek bestärkte diese Tatsache. Auch wenn die Länder hier haushaltmäßige Vorgaben machen müssten, würde sich das aufgrund der Motivation positiv bemerkbar machen. Außerdem könne insbesondere Rheinland-Pfalz, das ab 2015 massive Personalabgänge in den Ruhestand zu verzeichnen habe, positiv in die Zukunft schauen, da dann dieser große Kreis nicht mehr befördert werden müsse. Da das Personal bei der derzeitigen Personalplanung nicht 1:1 ersetzt werden könne, würden dann Beförderungstermine für das Land günstiger ausfallen. Finanzminister Kühl entgegnete, dass man den Motivationseffekt sehe und auch Beförderungen positiv gegenüberstehe. Das Jahr 2010 werde allerdings mit einem Nachtragshaushalt bestritten.

Man müsse als Regierung die Möglichkeit haben, auf bestimmte Dinge zu reagieren und auch Sparmaßnahmen ergreifen können. Er formulierte es so, dass er als Finanzminister gerne befördern würde. Genaueres könne und wolle er aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Weitere Punkte waren die geplante Umstellung auf EOSS im Rahmen von KONSENS. Alle waren sich einig, dass auf die Bediensteten hohe Belastungen zukommen werden. Allerdings sicherten alle zu, dass insbesondere seitens der OFD alles unternommen werde, um diese Migration optimal umzusetzen.

Auch der Landesvorsitzende Stefan Bayer bestätigte, dass er kein übermäßig ungutes Gefühl für die Umstellung habe, wenn er sehe, wie professionell an die Sache herangegangen werde. Die Tatsache, dass er lange Zeit Administrator im Finanzamt Ludwigshafen, einem großen Finanzamt, gewesen sei, erleichtere diese Einschätzung. Der Bundesvorsitzende Ondracek fragte den neuen Finanzminister,

ob er wisse, inwieweit die SPD noch den Vorschlag der 300-€-Zahlung bei Verzicht auf eine Steuererklärung forcieren.

Im Wahlprogramm sei das aus den Reihen der SPD Abgeordneten als Vorschlag gekommen. Ondracek erläuterte den Unsinn dieser Idee. Solch eine Regelung würde bewirken, dass plötzlich viele, die bisher keine Steuererklärung abgegeben hätten, dafür dann noch 300 € bekämen. Die Verwaltung würde keineswegs entlastet, sondern das Gegenteil würde eintreten. Dr. Kühl und Dr. Widmann bestätigten diese Einschätzung. Woher diese Idee kam, wusste keiner. Man verständigte sich aber darauf, dass Politiker, die mit Verwaltungsproblematik beschäftigt sind, eher nicht auf eine solche Idee kämen.

Als weiteren wichtigen Punkt sprachen die Vertreter der DSTG noch die Einstellungspolitik an. Bayer wies darauf hin, dass es in den Finanzämtern an mittlerem Dienst mangle.

Er empfahl mit Nachdruck bei den momentan in der mündlichen Prüfung befindlichen Steueranwärtern darüber nachzudenken, alle Absolventen zu übernehmen.

Dieter Ondracek bestätigte, dass es diese Form der Bestenauslese nur in zwei Bundesländern gäbe. In Anbetracht der hohen Ausbildungskosten und dem hohen Bedarf, sei ein Verzicht auf die vollständige Übernahme auch nicht nachvollziehbar. Minister Kühl hatte zwar Verständnis für die Argumente. Man wolle aber dennoch nicht gänzlich auf diese Leistungskomponente verzichten. Bayer empfahl aber bei denjenigen, die dann nicht übernommen werden, mit den Vorstehern der Ausbildungsfinanzämtern Rücksprache zu halten, da nach wie vor praxistaugliche Absolventen der Verwaltung verloren gingen. Bayer wörtlich: „Eine weniger gute Leistung in der Prüfung heißt nicht, dass jemand in der Praxis schwach ist. Nach wie vor gibt es Bereiche, in denen weniger fundiertes Steuerrechtswissen unproblematisch ist.

Dort werden auch Leute gebraucht!

Zum Abschluss bedankten sich beide Seiten über das interessante positive Gespräch. Finanzminister Kühl bot der Landesleitung der DSTG intensive Gesprächsbereitschaft an, wofür sich der Landesvorsitzende Bayer bedankte. Demnächst, wenn die Terminlage sich etwas entschärfe, würde man auf das Angebot zurückkommen. In diesem Sinne wurde intensive Kommunikation vereinbart.